



SPD lässt Verbraucher im Stich

Pressemitteilung von Wolfgang Neskovic, 29. Mai 2008

"Justizministerin Brigitte Zypries und Finanzminister Peer Steinbrück wollen im Kampf um den Kredithandel die Verbraucher im Stich lassen", erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Wolfgang Neskovic, zu einem "Argumentationspapier" des Bundesjustizministeriums zum Handel mit Immobilienkrediten. "Während sie noch vor ein paar Monaten vollmundig versprochen, die Existenzsorgen von Millionen Häuslebauern ernst zu nehmen, wollen sie nun doch lieber mit den Banken paktieren." Neskovic weiter:

"Die Argumente sind die üblichen: der Standort Deutschland müsse gestützt, die Mittelstandsfinanzierung gesichert, die Banken Platz in ihren Bilanzen fürs Neugeschäft schaffen. Eine solche Politik, die ausschließlich Finanzmarktinteressen Rechnung trägt, zeigt, wie sehr sich die SPD von ihren Wurzeln entfernt hat, Die Leidtragenden sind die Verbraucher, die weiterhin hinnehmen müssen, wie Banken hinter ihrem Rücken Kreditforderungen an Fondgesellschaften abtreten, die sie mit unseriösen Methoden unter Druck setzen und Firmen in den Ruin treiben."

